

SESSIONSBERICHT

Nr. 4 • Herbst 2024



Ihr EVP-Team im Nationalrat

NIK GUGGER, ZH
nik.gugger@parl.ch
079 385 35 35

MARC JOST, BE
marc.jost@parl.ch
076 206 57 57

Schwere Themen, erschütternde Entscheide und aufmunternde Erfolge

Liebe Leserinnen und Leser

Die Herbstsession 2024 hatte es in sich. Gleich zu Beginn galt es, über die künftige Unterstützung des Palästinenserflüchtlingshilfswerks UNRWA durch die Schweiz zu entscheiden. Mit der ausserordentlichen Session «Asyl» stand eine weitere herausfordernde Debatte an, die in einem schockierenden Entscheid gegen das Recht auf Familie gipfelte. Unsere klare Kritik an der Nationalratsmehrheit fand in den Medien grosses Gehör. Auch die neue Armeebotschaft wurde mitunter auf Kosten der humanitären Tradition der Schweiz angenommen.

Die Herbstsession brachte aber auch kleinere und grössere Erfolge mit sich. Einige Vorstösse aus eigener Feder konnten wir erfolgreich durchbringen sowie für kommende Sessionen neue, breit abgestützte Vorstösse aufgleisen. Doch lesen Sie selbst!

Herzliche Grüsse, Nik und Marc

In diesem Bericht	Seite
a.o. Session Asyl	2
a.o. Session EMRK	3
Individualbesteuerung	3
UNRWS	4
Sternenkinder	4
Ausländische Investitionen	5
Eingereichte Vorstösse	6

Ausserordentliche Session «Asyl»

Völkerrechtswidrig: Rote Linie beim Asylrecht überschritten



In der letzten Sessionswoche hat die SVP mit ihrer ausserordentlichen Session «Asyl» genau das erreicht, was sie wollte: Eine bürgerliche Parlamentsmehrheit will das Asylrecht massiv verschärfen. Insbesondere die Streichung des Rechts auf Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene stellt eine massive Verletzung des Rechts auf Familie dar. Für die EVP wurde damit eine rote Linie überschritten: Internationales Recht, die Bundes-

-verfassung und die grundlegenden Werte der Schweiz werden insbesondere mit der Beschneidung des Rechts auf Familiennachzug kurzum fallengelassen.

Die Schweizerische Bundesverfassung (Art. 13 & 14 BV) und internationales Recht (u.a. Art. 8 EMRK) sprechen allen Menschen klar das Recht auf Familie zu. Dies beinhaltet auch das Recht auf Familiennachzug. Geflüchtete Menschen sollen trotz Fluchtumständen wann immer möglich mit ihrer Familie zusammenleben können.

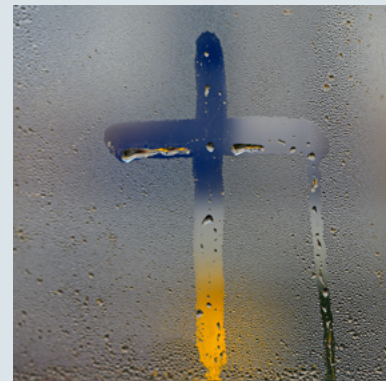
Bereits heute gelten für vorläufig Aufgenommene hohe Hürden für den Familiennachzug. Die Interessen der Schweiz sind mit den Anforderungen an die Integration und finanzielle Stabilität ausreichend geschützt. Dass der Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene künftig nicht mehr erlaubt werden soll, bedeutet, dass die Schweiz es diesen Menschen verunmöglicht, mit ihren Familien zusammenzuleben. Wir EVP-Nationalräte reagierten schockiert, dass eine bürgerliche Mehrheit, die sonst so gerne vom Schutz der Familie spricht, einer besonders bedürftigen Menschengruppe ihr ausgewiesenes Recht auf Familie verweigern will.

Die SVP verbreitet vermehrt Unwahrheiten zu vorläufig Aufgenommenen und fordert, dass diese rasch rückzuführen seien. Tatsache ist aber, dass vorläufig Aufgenommene wegen den Umständen in ihren Herkunftsländern nicht zurückkehren können, beispielsweise weil dort Bürgerkrieg herrscht. Diese Umstände ändern sich nicht kurzfristig. Der Anspruch dieser Menschen auf Schutz ist gerechtfertigt. Sie sind legal in der Schweiz und bleiben in den meisten Fällen langfristig hier.

Einen Tag später lag der Ball beim Ständerat. Glücklicherweise reagierte dieser deutlich besonnener als der Nationalrat. Dank eines cleveren Schachzugs des Glarner Ständerats Mathias Zopfi (Grüne) wurden sämtliche Vorlagen zur Vorprüfung an die zuständige Kommission weitergeleitet. Somit dürfte der Druck insbesondere auf die Mitte-Ständerätinnen und Ständeräte zunehmen. Denn zuvor wurden mit einer Petition innert weniger als 24 Stunden mehr als 100'000 Unterschriften gegen den Vorstoss betreffend Familiennachzug gesammelt.

Updates zu unseren Vorstössen:

Gleichbehandlung für gemeinnützige Arbeit religiöser Gemeinschaften: Postulat Jost wird vom Nationalrat angenommen →



Religiöse Gemeinschaften und Vereine leisten wertvolle Sozialarbeit. Für Spenderinnen und Spender wird es aber zunehmend schwieriger, ihre Zuwendungen an Vereine mit gemischten Zwecken – sowohl gemeinnützig als auch kultisch – von den Steuern abzuziehen. Hingegen sind Spenden an öffentlich-rechtliche Religionsorganisationen oder an Vereine, die ausschliesslich gemeinnützige Ziele verfolgen, steuerabziehbar. Ein von Marc Jost eingereichtes Postulat, unterstützt von Nationalräten aus vier weiteren Parteien, fordert den Bundesrat auf, diese Ungleichbehandlung zu prüfen und zu klären, ob auch Spenden an Vereine mit kultischen Zwecken steuerlich absetzbar gemacht werden können. Nachdem der Bundesrat die Annahme des Postulats empfohlen hat, stimmte auch der Nationalrat ohne Gegenantrag zu. Nun hat der Bundesrat zwei Jahre Zeit, das Postulat durch einen Bericht umzusetzen.

Ausserordentliche Session «EMRK»

Gefährlicher Trotz-Vorstoss der SVP

Ebenfalls von der SVP verlangt, haben sich National- und Ständerat in einer ausserordentlichen Session erneut mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) beschäftigt. Vorderhand ging es um eine SVP-Motion, die den Austritt der Schweiz aus der Europäischen Menschenrechtskonvention forderte (EMRK). Wir lehnten auch diesen extremen Vorstoss entschieden ab. Es ist richtig, dass in unserer Bundesverfassung die Menschenrechte umfassend garantiert sind. Allerdings verfügt die Schweiz über keine Verfassungsgerichtsbarkeit. Wie Bundesrat Beat Jans (SP) zudem ausgeführt hat, würde die Schweiz zusammen mit Belarus und Russland zu den einzigen europäischen Staaten gehören, welche die EMRK nicht (mehr) anerkennen würden. Wir sind nur schon deshalb froh darüber, dass das Parlament sich grossmehrheitlich gegen diese folgenschwere Trotzreaktion auf das Urteil des EGMR zu den Klimaseniorinnen ausgesprochen hat.

Individualbesteuerung oder Fairness-Initiative?

Nationalrat stimmt Gegenvorschlag für Individualbesteuerung zu



Die Heiratsstrafe bei den Steuern ist eine ungerechte Diskriminierung. Sie gehört möglichst rasch beseitigt. Darüber ist man sich im Parlament inzwischen einig. Die Frage ist nun, welcher Weg dafür der Beste ist.

Im Nationalrat wurde die Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» der FDP-Frauen beraten. Sie möchte Ehepaare als

Einzelpersonen besteuern. Der Bundesrat legte dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag vor, um dies auf Gesetzesebene umzusetzen.

Die EVP sprach sich gegen die Individualbesteuerung aus, da sie die Ehestrafe durch eine Strafe für Einverdienerhaushalte ersetzen würde. Aufgrund der Steuerprogression würden nämlich Ehepaare, die zum Beispiel wegen der Betreuung ihrer Kinder, nur eines oder sehr ungleichen Einkommen haben, mehr Steuern zahlen müssen. Zudem wäre dieses Steuermodell mit 1,8 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen sehr teuer.

Die bessere Lösung für uns: Die noch nicht beratene Fairness-Initiative der Mitte, die von der EVP unterstützt wird. Mit ihr würde die Heiratsstrafe abgeschafft, ohne dass ein Familienmodell benachteiligt wird.

Updates zu unseren Vorstössen:

EVP gibt Anstoss für Simultanübersetzung in Kommissionen

→



Die EVP setzt sich für eine bessere Verständigung in den eidgenössischen Kommissionen ein. Bisher verzichtete das Parlament aus Kostengründen auf Simultanübersetzungen, obwohl diese die Qualität der Debatten und die Teilhabe aller verbessern würden. Auf Antrag von Marc Jost hat die Staatspolitische Kommission ein Postulat eingereicht, um eine kostengünstige Lösung zu prüfen, die KI-basierte Simultanübersetzungen ermöglicht. Ein Pilotprojekt soll getestet und eine Kostenanalyse erstellt werden, unter Berücksichtigung der Vertraulichkeit gemäss Artikel 47 des Parlamentsgesetzes. Die Digitalisierung bietet hier grosse Chancen – Schweizer Start-ups wie Interprefy sind bereits Vorreiter.

Weiterhin kein Fortschritt beim Kampf gegen den Menschenhandel

Unsere alt Nationalrätin Marianne Streiff-Feller wollte mit ihrer Motion «Ressourcen für einen effektiven Kampf gegen den Menschenhandel» den Bundesrat dazu beauftragen, den Kantonen umgehend die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese die für eine effektive Strafverfolgung von Menschenhandelsdelikten notwendigen Ressourcen aufbauen können. Nachdem der Nationalrat die Motion noch annahm, lehnte der Ständerat sie nun leider ab. Wie schon in der Vergangenheit begnügt man sich mit dem Verweis auf die Zuständigkeit der Kantone. Wir bedauern, dass der Bundesrat und eine Mehrheit im Ständerat sich nach wie vor lieber hinter dem Argument des Föderalismus verstecken, anstatt die offensichtlichen Missstände endlich anzugehen. Wir lassen uns dadurch jedoch nicht beirren und werden weiter mit vollem Einsatz gegen Menschenhandel in der Schweiz ankämpfen.

Motion Streiff-Feller (19.3265) →

Palästinenserhilfswerk UNRWA in der Dauerkritik

Wie weiter mit der Hilfe für die notleidende Bevölkerung im Gazastreifen?

Bald jährt sich der barbarische Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel. Seither herrscht zwischen Israel und der Hamas ein blutiger Krieg, der bereits mehrere 10'000 Todesopfer forderte und unvorstellbares Leid über die Zivilbevölkerung des Gazastreifens brachte.

Seit dem Überfall der Hamas reisst auch die Kritik am Palästinenserhilfswerk UNRWA nicht ab. Die Anschuldigungen wiegen schwer und sind teilweise auch glaubwürdig. Gleich zu Beginn der Session setzte sich der Nationalrat deshalb mit drei Vorlagen auseinander, die allesamt die Flüchtlingshilfe im Gazastreifen thematisierten. Eine SVP-Motion verlangte die sofortige Einstellung der UNRWA-Beiträge der Schweiz. Marc Jost und Nik Gugger lehnten diese allerdings entschieden ab. Die UNRWA ist heute de facto die einzige handlungsfähige Hilfsorganisation im Kriegsgebiet. Millionen Menschen sind direkt von ihrer Hilfe abhängig. Gleichzeitig ist für uns klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht, weshalb die EVP-Nationalräte den anderen beiden Vorlagen der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) zustimmten. Diese verlangen einerseits die Umleitung des UNRWA-Sockelbeitrags 2024 in die humanitäre Nothilfe und andererseits eine umfassende Reform der Flüchtlingshilfe im Nahen Osten. Alle drei Vorstösse fanden eine Mehrheit im Nationalrat und liegen nun beim Ständerat.

Mit grösster Sorge verfolgen wir ausserdem die jüngsten Eskalationsschritte im Libanon, welche ebenfalls schon hunderte Todesopfer forderte, darunter viele unschuldige Zivilisten – unzählige Frauen und Kinder. Wir fordern alle Konfliktparteien zur sofortigen Deeskalation auf.

«Sternenkinder» – bezahlter Sonderurlaub für trauernde Eltern



Eine Standesinitiative des Kantons Tessin forderte die Einführung eines bezahlten Sonderurlaubs im Fall einer Fehl- oder Totgeburt. Nachdem der Ständerat der Initiative ohne Gegenantrag keine Folge gab, sprach sich auch eine äusserst knappe Mehrheit des Nationalrats (92 zu 91 Stimmen bei 9 Enthaltungen) gegen die Initiative aus. Die EVP-Nationalräte sind enttäuscht, dass die Vorlage in Nationalrat keine Mehrheit fand.

Aufgrund der sehr klaren Ausgangslage im Ständerat hätte aber auch eine knappe Zustimmung wohl nichts an der Haltung der Kleinen Kammer geändert.

Wie im Bericht zur vergangenen Sommersession ausgeführt, hat die EVP mit Nik die Motion «Sternenkinder: bezahlter Urlaub für jeden Elternteil» eingereicht. Der Bundesrat soll das Gesetz so anpassen, dass bei einer Fehl- oder Totgeburt die Mutter drei Tage und der Vater einen Tag bezahlten Urlaub erhält. Trotz ablehnender Haltung des Bundesrates werden wir mit vollem Einsatz für eine Parlamentsmehrheit kämpfen.

Wertvolle Begegnungen



Nik Gugger im Austausch mit Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider.

Besprochen wurde u.a. der Vorstoss von Marc Jost zu Palliativ-Care (siehe S. 6), die Aufarbeitung der Pandemie sowie der Umgang der IV mit Long-Covid.



Parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Norwegen gegründet.

In Anwesenheit der norwegischen Botschafterin Kjersti Rødsmoen gründen Marc Jost und Jon Pult (NR SP) die parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Norwegen. EVP-Präsidentin Lilian Studer gab als schweizerisch-norwegische Doppelbürgerin den Anstoss für die neue Gruppe und wird dessen Geschäfte führen.

Ausländischer Einfluss auf Schweizer Unternehmen

Abwägung zwischen wirksamem Schutz und übermässigem Protektionismus

Der Nationalrat beschäftigte sich gleich mit zwei Vorlagen, die die Einflussnahme ausländischer Investoren auf Schweizer Unternehmen thematisierten. Zum einen ging es um Beyond Gravity, eine auf die Raumfahrt spezialisierte Tochtergesellschaft der RUAG International. Der Bundesrat möchte das Unternehmen an einen westlichen Käufer veräussern, dessen strategische Absichten geeignet sind, die standort- und weltraumpolitischen sowie die sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz zu wahren. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats will einen solchen Verkauf jedoch verhindern, da aus ihrer Sicht ein Verkauf von Beyond Gravity neben sicherheitspolitischen Abwägungen auch zu einem Knowhow-Verlust und einem Wettbewerbsnachteil für die Schweiz führen würde. Diese Ansicht teilen wir entgegen einer Ratsmehrheit nicht. Ein Verbleib im Besitz des Bundes würde aus unserer Sicht die Entwicklungsmöglichkeiten des Unternehmens hemmen. Das Geschäft geht nun weiter an den Ständerat.



Zum anderen wurde das Investitionsgesetz behandelt. Ausländische Investoren sollen in der Schweiz künftig höhere Hürden vorfinden, wenn sie Schweizer Unternehmen übernehmen wollen. Der Bundesrat wollte die Prüfung auf staatliche Investoren beschränken. Der Nationalrat entschied jedoch mit unserer Unterstützung, dass auch Übernahmen durch Private geprüft werden können sollen. Für uns ist klar: Angesichts unzähliger staatsnaher oder gar staatlich kontrollierter Investoren wäre es naiv zu glauben, dass eine Einschränkung, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, wirksam wäre. Die Vorlage wird deshalb auch als «Lex China» betitelt. Nun muss sich der Ständerat mit der Vorlage befassen.

Sicherheit in Bundesasylzentren

Ausgewogener Mittelweg zum Schutz von Geflüchteten und Personal



Sicherheitsvorfälle gehören leider zum Alltag in Bundesasylzentren. Eine Untersuchung des Bundesrates hat aufgezeigt, dass Asylsuchende dabei in Einzelfällen auch Opfer von Machtmissbrauch des Personals werden.

Das Parlament möchte deshalb das Asylgesetz anpassen und so die Sicherheit erhöhen. In einem Votum, das auch von der SRF Tagesschau aufgegriffen wurde, konnten wir uns bei Zwangsmassnahmen für den Schutz

von minderjährigen Geflüchteten stark machen.

Der Nationalrat hat bei den Änderungen des Asylgesetzes in unserem Sinne einen ausgewogenen Mittelweg gewählt.

Wertvolle Begegnungen



Bettagsbegegnung mit Bundesrat Beat Jans.

Am 12. September fand die jährliche Bettagsbegegnung im Bundeshaus statt. Neben zahlreichen Ratsmitgliedern sowie Vertretern diverser christlicher Verbände und Organisationen durften wir auch den Justizminister Beat Jans begrüßen. Er erinnerte an die Bedeutung der Vergebung und nannte als Beispiel einen speziellen Anlass im Sommer mit 800 ehemaligen Verding- und Heimkindern. Menschen, die unvorstellbares Leid erlebt haben und allen Grund haben, auf die Schweiz wütend zu sein. Er war zutiefst gerührt, dass seiner offiziellen Entschuldigung im Namen des Staates mit Vergebung begegnet wurde.



EVP alt Nationalrat Otto Zwygart (BE) zu Besuch im Bundeshaus.



In dieser Session eingereichte Vorstösse:

MARC JOST

[Parlamentarische Initiative \(24.454\)](#) – Palliative Pflege: Finanzierung klären →

[Anfrage \(24.1035\)](#) – Einfacheres und kostengünstigeres Vorgehen beim Sonderprivatauszug →

[Postulat \(24.3860\)](#) – Stärkung der Demokratie: Einführung eines Gedenktages für die Bundesverfassung am 12. September →

[Interpellation \(24.4075\)](#) – Samenspende: Wie können Jugendliche ihr Recht auf Kenntnis ihrer genetischen Eltern wahrnehmen, wenn sie über ihre Herkunft nicht aufgeklärt werden? →

[Interpellation \(24.4143\)](#) – Mehrjähriger Vergleich der Ausgaben für die Armee und die internationale Zusammenarbeit (IZA)? →

[Fragestunde \(24.7519\)](#) – 45 Prozent der heimischen Wildbienen sind gefährdet - könnten Biodiversitätsförderflächen die Situation verbessern? →

[Fragestunde \(24.7606\)](#) – Verbot der Leihmutterchaft - Umgehung verhindern? →

[Fragestunde \(24.7709\)](#) – Ernteaufträge wegen unzureichender Bestäubung: was heisst das für die Ernährungssicherheit? →

[Fragestunde \(24.7709\)](#) – Effektive Rückerstattung von Potatategeldern: Ist die Schweiz bereit für internationale Standards und schnellere Verfahren? →

[Alle Vorstösse von Marc Jost](#) →

NIK GUGGER

[Motion \(24.3911\)](#) – Pilotbetrieb für E-Collecting mit der E-ID-Vertrauensinfrastruktur →

[Interpellation \(24.4215\)](#) – Fortschritte bei der Implementierung quantensicherer Systeme in der Schweiz →

[Postulat \(24.4229\)](#) – Eine starke Schweiz dank moderaten Tabaksteuern →

[Fragestunde \(24.7770\)](#) – PFAS-belastetes Fleisch: Wie hoch ist die Bioakkumulation beim Menschen? →

[Fragestunde \(24.7773\)](#) – Evaluation der Strukturverbesserungsbeiträge: Bis wann werden die vorgeschlagenen Massnahmen zum Schutz der Biodiversität umgesetzt? →

[Fragestunde \(24.7774\)](#) – Evaluation der Strukturverbesserungsbeiträge: Weshalb wurden im Zuge der Fallstudien keine Biodiversitätsexpert:innen befragt? →

[Alle Vorstösse von Nik Gugger](#) →